

# Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts.  
Vereinigt Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:  
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III  
Telephon: Amt Königsplatz, Nr. 1078.

Inserate pro 3gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf.  
Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgelder sind an Otto Sehm s, Berlin O 27, Andreasstr. 61 III, zu richten.  
Postfachkonto Berlin 5388.

**Inhalt.** Rückblick und Ausblick. — Die Hausweberei als Versorgungseinrichtung für Kriegsbeschädigte (III). — Auf falschem Wege! — Aus den Gewerkschaften. — Politische Nachrichten. — Aus der Textilindustrie. — Zur Rohstoffversorgung in der Textilindustrie. — Aus Handel und Industrie. — Aus Unternehmerkreisen. — Aus der Volkswirtschaft. — Zur Lebensmittelversorgung. — Zur Erwerbslosenfürsorge. — Für unsere Frauen. — Berichte aus Fachreisen. — Verbandsanzeigen.

## Rückblick und Ausblick.

Das gewaltige Ringen der Völker, dessen Zeugen wir nun schon achtzehn Monate sind, ist auch von einschneidender Wirkung auf das Leben der Frauen gewesen. Lassen wir unsere Blicke rückwärts schweifen, so wirken die Geschehnisse erschütternd auf die Gesamtheit, die die Leiden und Schrecken des fürchterlichen Krieges auf sich nehmen mußte. Noch viel erschütternder wirken sie aber auf die einzelnen, auf die Familien, die durch Einberufung des Mannes oder der Söhne zerrissen wurden. Zerstückt wurde so manches, was für die Zukunft Erfüllung verhieß: Bande der Freundschaft, der Solidarität wurden gelöst, viele Hoffnungen brachen jäh in Trümmer, als der Kriegsruf die Lande durchbrauste, und nur wenige werden als einzelne auf den Trümmern ihrer Hoffnungen wieder neu bauen können. Obgleich die Frauen nicht ins Feld ziehen — von den Wirkungen des Krieges wurden sie doch alle erfasst. Ja, die wirtschaftliche Wirkung des Krieges mit allen ihren Folgen an Not und Entbehrung bekamen von allen Arbeiterinnen die Textilarbeiterinnen am schwersten zu spüren.

Kaum hatte nach dem plötzlichen Stillstand der Fabriken bei Kriegsausbruch die Beschäftigung wieder eingesetzt, so stellte sich auch heraus, daß der vereinfachte Arbeitsprozeß weibliche Arbeitskräfte in großer Zahl überflüssig machte. Und wir mußten erleben, daß in der Textilindustrie, die in normalen Zeiten stets über Mangel an weiblichen Arbeitskräften zu klagen hatte, zur Zeit eines noch nie dagewesenen glänzenden Geschäftsganges weibliche Arbeitskräfte überflüssig waren.

Vorübergehend erfuhr die Zahl der arbeitslosen Arbeiterinnen eine Herabminderung, denn immer mehr Männer wurden zum Waffendienst gerufen. Als aber im August vorigen Jahres die Staatsregierung durch das Herstellungsverbot für Webwaren hemmend in den Produktionsprozeß eingriff, steigerte sich auch wieder die Zahl der arbeitslosen Textilarbeiterinnen.

Neben diesen materiellen Schädigungen brachte die hinter uns liegende Kriegszeit aber für die Arbeiterinnen noch andere Schädigungen. Die Arbeiterinbestimmungen wurden außer acht gelassen. Der normale Arbeitstag wurde weit über das bis dahin zulässige Höchstmaß hinaus durch Überstunden verlängert, Nacht- und Sonntagsarbeit, sonst durch Gesetz für Arbeiterinnen verboten, wurden wieder gestattet, und die aufsichtführenden Organe, die sonst darüber zu wachen hatten, daß die gesetzlichen Vorschriften erfüllt würden, brühten nicht nur ein Auge, sondern beide Augen zu. Die Kriegsnotgesetze erklärten ja, daß eine Reihe von Schutzbestimmungen außer Kraft gesetzt werden kann. Eine solche Gelegenheit ließen sich die Textilindustriellen nicht entgehen.

Die schädlichen Folgen dieses Raubbaues an der weiblichen Arbeitskraft werden die Arbeiterinnen an ihren schwindenden Kräften wahrnehmen, sie werden noch gefördert durch die infolge einer maßlosen Teuerung bedingte verschlechterte Lebenshaltung.

Das Wirken der Organisation ist aber in diesen achtzehn Kriegsmonaten den Arbeiterinnen greifbar deutlich zum Bewußtsein gebracht worden. Die Teuerungszulagen, die gewährt werden mußten, sind auf die Tätigkeit der Organisation zurückzuführen. Die Regelung der Arbeitslosenfürsorge, die Unterstützung der ganz oder teilweise durch das Herstellungsverbot für Webwaren arbeits- und verdienstlos gewordenen Textilarbeiter und -arbeiterinnen war das Werk der Organisationsvertreter. Sie setzten es auch durch, daß die Unterstützung der Textilarbeiter unabhängig von anderen Unterstützungen als besonderer Unterstützungsweig behandelt wird.

Daß die jetzt geltenden Unterstützungssätze so ausgefallen wären wie sie sind, wenn die Organisation nicht dabei mitgewirkt hätte, ist kaum anzunehmen, denn behördliche Organe können nur schwer erfassen, was den Bedürfnissen der Arbeiterin entspricht.

Es zeigte sich also in den vergangenen Monaten nicht nur die Notwendigkeit, sondern auch die Unentbehrlichkeit der Organisation jedem, der sehen wollte. Und es wird auch der ganzen Kraft der Organisation und ihrer Vertreter bedürfen, die für die Arbeiterinnen und Jugendlichen so dringend notwendigen und so schwer erkämpften, jetzt außer Kraft gesetzten Arbeiterinbestimmungen wieder zur Einführung zu bringen.

Ist auch das gewaltige Drama noch nicht zu Ende, können wir heute auch noch nicht einmal ermessen, ob der so heiß er-

sehnte Friede nahe bevorsteht oder noch weit entfernt ist, so müssen wir doch schon unsere Blicke auf die Zukunft richten, müssen uns darüber klar sein, daß wir in Zukunft als arbeitende Frauen bestimmte Aufgaben zu erfüllen haben, und daß wir uns für die Erfüllung dieser Aufgaben vorbereiten und rüsten müssen.

Der Verlauf des Krieges hat gezeigt, daß sowohl in der Industrie wie im Handel und Verkehr in früher nie für möglich gehaltener Zahl Frauen und Mädchen beschäftigt werden. Sie haben auch ihren Platz überall gut ausgefüllt, wie es anders gar nicht zu erwarten war.

Daß die Verwendbarkeit der Frauen zwar anerkannt, aber Anlaß wurde, um die Frauen selbst bei gleichen Leistungen niedriger als die Männer zu entlohnen, ist in dem mangelnden Verantwortlichkeitsgefühl der Arbeiterinnen der Gesamtheit der Arbeiterin gegenüber begründet. Daß sie durch ihre billigere Arbeitsleistung die Gesamtheit schädigen, kommt den Arbeiterinnen nie zum Bewußtsein. Dies fehlende Verantwortlichkeitsgefühl zu erwecken, wird eine der ersten Aufgaben der Frauen selbst sein, die in der Gewerkschaftsorganisation das Mittel erkannt haben, dessen sich die Arbeiter zu ihrem wirtschaftlichen Aufstieg bedienen müssen.

Nach Beendigung des Krieges werden die Männer aus dem Felde heimkehren. Wenn auch einige Zeit vergehen wird, bis die Industrie wieder ihre vor dem Kriege betriebene Produktion aufnimmt — den zurückkehrenden Kriegern müssen ihre Arbeitsplätze wieder überlassen werden. Trotzdem werden, ganz besonders in der Textilindustrie, eine große Anzahl Arbeiterinnen die leer bleibenden Plätze behalten, und nach reiflicher Einstellung der jetzt arbeitslosen Arbeiterinnen wird ein starker Zustrom neuer weiblicher Arbeitskräfte in die Textilindustrie bevorstehen.

Das Agitationsgebiet wird ein sehr großes werden. Das Wiederaufbauen der Organisation, die Gewinnung neuer weiblicher Mitglieder wird in Zukunft im wesentlichen Aufgabe der Arbeiterinnen sein. Sie werden sich daran gewöhnen müssen, ihre Angelegenheiten selbst zu vertreten. Sie werden sich die Erfahrungen des Krieges nutzbar machen müssen für die Arbeit des Friedens, für den Ausbau der Organisation, die, wie der Verlauf des Krieges schon zeigte, in Zukunft mehr noch als bisher Lebensnotwendigkeit besonders für die Arbeiterinnen sein wird.

Wir haben unser Augenmerk aber auch auf die heranwachsende Jugend zu richten, die in unserer Industrie schon in immer wachsender Zahl beschäftigt wurde, und die wahrscheinlich auch weitere Verwendung finden wird.

Die jungen, empfänglichen Herzen sind von den Schilderungen der Kriegereignisse nicht unberührt geblieben. Die Wirkungen des Krieges haben manches junge Menschenkind aus der Bahn geschleudert. Diese gärende Zeit konnte nicht ohne Einfluß auf den Nachwuchs der Arbeiterklasse bleiben. Diese jungen Arbeitskräfte vor der Ausbeutung zu schützen, sie mit ihren rechtlichen Forderungen bekanntzumachen, sich ihrer schützend und schirmend anzunehmen, ihnen behilflich zu sein, sich im Leben zurechtzufinden, ihnen den Weg zur Organisation zu weisen, wird in Zukunft eine ebenso schöne wie dankbare Aufgabe arbeitender Frauen sein.

Und dann müssen wir uns im Hinblick auf die Zukunft ganz klar darüber sein: mag das gewaltige Ringen, das wir miterleben, ausgehen wie es will, eines ist sicher: der Kapitalismus wird gestärkt, die Arbeiterklasse aber um vieles geschwächt aus diesem Kriege hervorgehen! Mit anderen Worten: die wirtschaftlichen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit, durch den Krieg unterbrochen, werden nach dem Kriege schärfer als vorher entbrennen. Mehr als vorher werden, entsprechend ihrer größeren Zahl, Arbeiterinnen an diesen Kämpfen beteiligt sein. Die Organisation wird das Rüstzeug für diese Kämpfe sein, die Arbeiterinnen müssen deshalb also am Ausbau ihrer Organisation das lebhafteste Interesse haben.

Wir arbeitenden Frauen haben in diesen langen Kriegsmonaten viel erfahren und viel gelernt. Nutzen wir also diese Erfahrungen im Interesse unserer Mitarbeiterinnen aus. Wecken wir in allen Arbeiterinnen das Verantwortlichkeitsgefühl. Lehren wir sie, den hohen Wert des solidarischen Zusammenwirkens zu erkennen! Machen wir sie bekannt mit den hohen Kulturaufgaben, die die Organisationen für die Arbeiterschaft zu erfüllen haben! Erziehen wir sie dazu, die Organisationszugehörigkeit als eine unabwiesbare Pflicht zu betrachten! So werden wir in hohem Maße den Aufgaben gerecht, die die Zukunft uns stellt. Wer in diesem Sinne für die Organisation arbeitet, kann und wird hoffnungsvoll in die Zukunft blicken, wird auch bei den Mitarbeiterinnen den Glauben an eine bessere Zukunft erwecken können.

„Stell dich in Reih und Glied, das Ganze zu verstärken, Mag auch, wem das Ganze sieht, dich nicht darin bemerken.“  
Das Ganze wirkt, und du bist drin mit deinen Werken.“

Diese Dichterworte müßten sich alle Arbeiterinnen zu eigen machen, dann würde ihnen ihre Tätigkeit für die Organisation zur Freude werden.

Möchten sich doch alle unsere Kolleginnen der Aufgabe bewußt werden, die ihnen beim Aufbau der Zukunft der Arbeiterklasse zufällt!  
Martha Soppe.

## Die Hausweberei als Versorgungseinrichtung für Kriegsbeschädigte.

III.

★ Noch utopistischer ist der Gedanke, der Heimweber habe immer Aussicht, sich in gewissem Grade selbständig machen zu können, indem er die ihm zunächst leihweise überlassenen Webstühle ankaufe oder sich selbst solche dazu anschaffe und auf diesen für eigene Rechnung Stoffe herstelle, die er vielleicht in der Kolonie oder in der Nähe davon mit Vorteil absetzen könne. Warum nicht gleich noch gefagt wird, daß der Heimweber immer die Aussicht habe, sich zum Fabrikbesitzer emporzuarbeiten, muß eigentlich wundernehmen. Denn diese Aussicht wird er auch immer ebenso haben, wie die Aussicht, sich selbständig zu machen, nur wird es in beiden Fällen bei der Aussicht bleiben. Herr Widardt glaubt vielleicht, daß nach dem Kriege der philanthropische Geist in dem Umfange rege bleiben wird, wie er jetzt ist und für später prophezeit wird. Er glaubt vielleicht, daß die Käufer von Geweben, von diesem philanthropischen Geist geleitet, in die Heimwebereien der Kriegsbeschädigten gehen werden, um dort ihren Bedarf einzudecken zu Preisen, welche die in Aussicht gestellte Zahlung eines um 50 Proz. höheren Weblohnes ermöglichen, als er in den Webereien üblich ist. Wir glauben nicht an die lange Wirkbarkeit dieses philanthropischen Geistes. Die hohen Steuern und sonstige unsympathische Hinterlassenschaften des Krieges werden alle Kreise zwingen, mehr noch als bisher mit jedem Pfennig zu rechnen, und dann wird man eben dort seinen Bedarf decken, wo er am preiswertesten ist. Das wird auch die Heeresverwaltung tun; auch sie wird sich an kaufmännische Grundsätze halten. Wir müssen daher die Kriegsbeschädigten dringend warnen, für ihre zukünftige Existenz Hoffnungen auf das Mitleid zu setzen. Das Mitleid mit den Kriegsbeschädigten wird erstickt werden, sobald die finanziellen Lasten des Krieges drücken werden. Und die Kriegsbeschädigten, die sich solchen Hausweber-Produktivgenossenschaften anschließen, werden dann mit ihrer ganzen kümmerlichen Existenz in den brandenden Strudel des kapitalistischen Wettbewerbs hineingeworfen werden. Denn nach dem Kriege wird der Wettbewerb auf dem Gebiete der Warenerzeugung und des Warenabsetzes mit einer Intensität betrieben werden, der gegenüber solche auf keiner kapitalkräftigen Grundlage errichteten Produktivgenossenschaften keinerlei Aussicht haben, unter solch günstigen Bedingungen existieren zu können, wie sie Herr Widardt annimmt. Wenn sie sich in diesem Wettkampf überhaupt zu erhalten vermögen, dann nur, wenn sie den letzten Rest ihres Lebensglückes und ihrer Gesundheit opfern, d. h. die Existenz der Genossenschaft auf die Schmutzkonkurrenz basieren, was nur möglich ist bei unmenschlich langer Arbeitszeit und geringen Löhnen.

Es wäre wirklich sehr traurig, wenn es auf solche Weise dazu käme, daß als eine auf lange Zeit ungünstig wirksam bleibende „Errungenschaft“ dieses Krieges die Richtung solcher Schmutzkonkurrenz auf breiter Grund und Lage zu verzeichnen wäre. Denn diese Genossenschaften würden ja doch die Kriegsbeschädigten überleben und dann ganz besonders der Schmutzkonkurrenz und der elendesten Lohnrückerei dienen, wenn die Hauswebstühle nicht mehr von Kriegsbeschädigten bedient werden. Wir hoffen, daß sich keine Kriegsbeschädigten finden, die sich zu einer solchen schweren Schädigung der Textilindustrie gebrauchen lassen.

Wir können übrigens — das sei zum Schluß noch ganz besonders hervorgehoben — keineswegs einsehen, daß die Kriegsbeschädigten, die man für die Hausweberkolonien im Auge hat, in solchen Kolonien besser aufgehoben sein würden als im Fabrikbetriebe. Haben wir nicht in Fabrikwebereien Tausende von Arbeiter beschäftigt, die nervös, rheumatisch oder magenkrank sind? Freilich, es gibt Unternehmer, die solche Arbeiter nicht gern beschäftigen, weil diese Arbeiter öfter einmal die Fabrikkrankenkasse in Anspruch nehmen. Will man etwa deshalb diese Kriegsbeschädigten in die Kolonien der Hausweberei verbannen, damit sie die Fabrikkrankenkassen nicht mehr in Anspruch nehmen? Wir nehmen es nicht an, denn sonst müßten wir sofort für Beseitigung der Fabrikkrankenkassen eintreten.

Wir wiederholen: Wir können uns für die Kriegsbeschädigten nichts Furchtbarereres denken, als wenn sie in solche Kolonien Gleichgeschädigter gesteckt würden. Selbst angenommen, es wäre so, wie es ausgemalt wird: die Kriegsbeschädigten kämen des öfteren in ihre Gärten und in diesen natürlich zusammen mit ihren Leidensgenossen. Wozu würde es da kommen? — Nicht zum Genuss eines zufriedenen, sorgenfreien Lebens, sondern zu einer Unterhaltung über den vergangenen Krieg und zu einem Sadern mit dem Mißgeschick, das diese Bedauernswerten getroffen hat. Etwas anderes kann ja gar nicht eintreten, denn die Vermisten, die in eine solche Hausweberkolonie verschlagen worden sind, bekommen ja tagaus, tagein nichts anderes zu hören und zu sehen, als die für sie besonders ungünstigen Folgen des Krieges! Keinerlei Ablenkung ist da, was diese Kriegssopfer auf andere, zufriedenerstellendere Gedankenbringen könnte. Diesem Plan der Schaffung von Erwerbsgelegenheit für Kriegsbeschädigte fehlt eben vollständig jener humanistische Grundzug, von dem in der letzten Zeit soviel die Rede war, wenn sich die öffentliche Debatte um die Frage der Beschaffung von Erwerbsgelegenheit für Kriegsbeschädigte drehte. Dieser humanistische Grundzug aber muß bei der Sorge um sie gewahrt werden, und deshalb ist der Plan, für Kriegsbeschädigte Hausweberkolonien zu gründen, abzulehnen. Die „Deutsche Vereinigung für Krüppelfürsorge“ lehnt solche Vorschläge auch ab.

Im Band VIII, Heft 1 der „Zeitschrift für Krüppelfürsorge“ befindet sich ein Bericht des Herrn Professor Biejski, Berlin-Zehlendorf, über eine im Auftrag der „Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge“ unternommene Rundreise zwecks Inangriffnahme der Kriegskrüppelfürsorge. Er berichtet über das Ergebnis einer Anzahl Konferenzen in verschiedenen Großstädten Deutschlands und über die praktischen Vorschläge, die für die Inangriffnahme der Kriegskrüppelfürsorge gemacht wurden. Und dazu sagt er auf Seite 9:

„Oberster Grundsatz bleibt: Jeder „Kriegsbeschädigte“ — dieser Ausdruck stammt von Herrn Oberbürgermeister Walz-Heidelberg und ist wohl der beste Ersatz für das Wort Kriegskrüppel — muß wieder in seinem alten Beruf, in seiner früheren Arbeitsstelle und in der Heimat untergebracht werden, denn die Invaliden sollen wieder in der Masse des Volkes aufgehen, als wenn nichts geschehen wäre. Unter keinen Umständen sollen sie in größeren Kolonien gesammelt werden, und der schon aufgetauchte Plan, sie zu 40 bis 50 Familien in Siedlungen mit Handwerksstuben in der Nähe kleiner Städte unterzubringen, ist in sämtlichen Sitzungen ohne jede Erörterung von der Schwelle verworfen worden, weil einer solchen Kolonie der Stempel des Besonderen aufgedrückt wird und weil nach kurzer Zeit der Einfluß eines schlechten Elements alle übrigen dazu bringt, nicht mehr zu arbeiten. Gelegentlich mag schon vorhandene Siedlung unterzubringen, aber keinesfalls in Massen.“

Damit ist der Vorschlag, Hausweberkolonien zu gründen, abgetan.

### Auf fallichem Wege!

II.

Die Lohnfrage kann nie vom Fabrikanten, welcher den Lohn zahlt, im günstigen Sinne für den Lohnempfänger geregelt werden. Im Gegenteil, er wird immer die Löhne nach unten drücken. In der Lohnfrage ist der Fabrikant so gut wie der Maschinenbesitzer und der Arbeiter in dem gegenwärtigen Wirtschaftsgezet untergeordnet. Ein Ausgleich kann nur durch wirtschaftliche Machtverhältnisse herbeigeführt werden. Die Lohnfrage kann nur dann im günstigen Sinne für die Maschinenbesitzer gelöst werden, wenn sie innerhalb der Stidereiindustrie einen wirtschaftlichen Machtfaktor bilden, der auf die gesamte Industrie einen Einfluß ausüben kann und als Gegengewicht gegen die lohndrückende Tendenz der Fabrikanten zu wirken in der Lage ist.

Eine Besserung in der Lohnfrage kann nur durch den Druck von unten, von Seiten der Sticker und Maschinenbesitzer erfolgen. Sticker und Maschinenbesitzer haben hier gemeinsame Interessen. Die Sticker werden, ihrer eigenen Kraft vertrauend, ihre Interessen rücksichtslos wahrzunehmen wissen. Nach der bisherigen Haltung der Organisation der Maschinenbesitzer zu urteilen, mußten die Maschinenbesitzer, anstatt ihre gemeinsamen Interessen mit den Stickern wahrzunehmen, für den Fabrikanten den Brellbock darstellen, damit er vor Zahlung hoher Löhne geschützt sei. Eine Verkennung ihrer wirtschaftlichen Lage, ein Festhalten an der bisherigen Anschauung wird die Maschinenbesitzer zwischen zwei Mühlensteine bringen. Diese Frage ist für die Maschinenbesitzer von höchster Wichtigkeit; es dreht sich darum, ob sie in Zukunft Amboss oder Hammer sein wollen.

In der „Wochenchrift für Stiderei- und Spigen-Industrie“, Nr. 3 bis 8, wird in einer Reihe von Einfendungen die Misere der Maschinenbesitzer besprochen und Vorschläge dafür gemacht, aus derselben herauszukommen. Die meisten der Vorschläge gehen erfreulicherweise dahin, mit der gegenwärtigen Anschauung zu brechen und mit dem Textilarbeiterverband durch gemeinsame Lohnsätze die Sticlöhne auf eine angemessene Höhe zu bringen. Dabei sind auch einzelne Stimmen vorhanden, die ihr Heil in der unge störten Harmonie mit den Fabrikanten suchen. Zu den einzelnen Artikeln können wir uns nicht äußern; wir wollen nur auf einige Vorschläge hier eingehen.

Herr Otto Tröger schlägt als geeignetes Mittel, „um Ordnung zu schaffen“, ein staatliches Gesetz, welches den Zwang zum Bajamamenichluß festsetzt, vor. Kurz, eine gesetzliche Zwangsorganisation. Die Lohnverhältnisse sollen dann, zwischen den Beteiligten unter Vorbehalt einer Regierungsperson auf gewisse Zeit vereinbart, bindende gesetzliche Geltung haben. Herr Tröger verkennet dabei nicht, daß der Schaffung eines solchen Gesetzes erhebliche Schwierigkeiten gegenüberstehen. Er glaubt aber, daß dies der einzige gangbare Weg sei.

Wir sind anderer Meinung. Zunächst ist die Lohnfrage eine Frage der unmittelbaren Gegenwart, sie kann deshalb nicht auf den Weg der Gesetzgebung verwiesen werden. Die Regelung der Löhne muß sofort, wenn es die Verhältnisse

gestatten oder sie dazu günstig erscheinen, vollzogen werden. Auch mittels der Zwangsorganisation wird man eine günstige Lösung in dieser Frage nicht herbeiführen können. Der Zwangsorganisation fehlen dazu alle Voraussetzungen und vor allem die richtige Erkenntnis, der rechte Geist, der einer Organisation innewohnen muß. Die Zwangsorganisation bleibt ein kraft- und nervenloses Gebilde. Nicht die Organisation allein schafft bessere Verhältnisse, sondern ein vorwärtsstrebender, sich seiner Kraft bewußter Geist, welcher derselben innewohnt. Die Zwangsorganisation hat in sich widerstrebende Teile, denn sonst wäre eine solche überflüssig. Ein Lohngesetz, mit ihr geschaffen, würde alle Mängel und Schwächen der Zwangsorganisation aufweisen. Das Gesetz spiegelt nur die jeweiligen Beziehungen der Menschen zu einander wider. Wo die Selbsthilfe fehlt, verlagert auch die Gesetzgebung. Dabei gilt aber zu beachten, daß oft ein veraltetes Gesetz, dem neuauftretenden besseren zum Trotz, recht lange standhält. Auch das Gesetz gibt nur dem, der die meiste wirtschaftliche Kraft besitzt. In dem richtigen Erkennen der wirtschaftlichen Lage und dem Streben nach wirtschaftlicher Kraft und Macht liegt der Hebel zur Besserung der Lage der Maschinenbesitzer.

Den einzig richtigen Weg zeigt Herr Offiziers-Stellvertreter Willi Glaeb mit anderen Einsendern. Sie empfehlen alle, einen gemeinsamen Lohnsatz mit dem Textilarbeiterverband durchzuführen. Wir bedauern, daß dies nicht schon im Jahre 1909 geschehen ist. Die Schuld lag nicht an dem Textilarbeiterverband. Nach unserer Auffassung steht der Aufstellung und dem Wirken für die Durchführung gemeinsamer Lohnsätze nichts im Wege. Wir glauben, daß eine Verständigung über die Art der Durchführung leicht herbeigeführt werden kann. Darüber aber kann eine Auseinandersetzung hier nicht stattfinden. Dies muß durch persönliche Beratungen zwischen dem Verein der Lohnschiffen-Maschinenbesitzer und dem Textilarbeiterverband geschehen. Der Textilarbeiterverband ist zu solchen Beratungen jederzeit bereit. Jedenfalls werden aus einem Zusammengehen der Maschinenbesitzer und Sticker beide Teile profitieren, und nicht zuletzt die gesamte Spigen- und Stidereiindustrie.

### Aus den Gewerkschaften.

#### Julius Saube tot.

Einen herben Verlust hat der Verband der Kupferschmiede Deutschlands durch den Tod seines ersten Vorsitzenden und Redakteurs des Fachorgans „Der Kupferschmied“ erlitten. Als Mitgestalter der Gesellenbrüderchaft in Hamburg hat der Verstorbene in den achtziger Jahren es verstanden, alle damals noch vorhandenen Bruderschaften 1885 zu einem Kongreß nach Leipzig zusammenzuberufen, wo dann die Gründung der Organisation der Kupferschmiede beschlossen wurde. Welche außerordentlichen Verdienste der Verstorbene sich um die Organisation der Kupferschmiede erworben hat, geht am besten daraus hervor, daß diese ihn 1907 zu ihrem ersten Vorsitzenden und Redakteur bestimmte. In dieser Eigenschaft hat er zum 25. Verbandsjubiläum eine Geschichte des Verbandes verfaßt, die auch sein Wirken für die Organisation der Kupferschmiede widerspiegelt. Seine unermüdete Arbeitskraft ist von großem Einfluß auf die Entwicklung des Verbandes der Kupferschmiede Deutschlands gewesen.

#### Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Aus Anlaß einer Beratung zwischen Vertretern der deutschen und der österreichischen Arbeiterbewegung, die am 9. Januar im Reichstagsgebäude stattfand und sich mit den Fragen der künftigen Wirtschaftspolitik und eines engeren wirtschaftspolitischen Verhältnisses zwischen den europäischen Mittelstaaten beschäftigte, traten die Vertreter der Verbandsvorstände am 10. Januar zu einer eintägigen Konferenz zusammen. Drei Gewerkschaftsvertreter Oesterreichs, die Genossen Domes, Grünwald und Ganusch, wohnten als Gäste den Verhandlungen bei.

Der Bericht der Generalkommission beschränkte sich diesmal auf die Angelegenheiten der Tarifstatistik, der Abänderung des Reichsvereinsgesetzes und der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Die Fragebogen zur Tarifstatistik sind vom Reichsstatistischen Amt bereits verfaßt und von einer Reihe von Verbänden ausgefüllt worden. Es empfiehlt sich also, sie allgemein durchzuführen, obwohl darüber kein Zweifel sein kann, daß das Berichtsjahr in tariflicher Hinsicht ein völlig anomales sei und keinerlei Vergleiche mit anderen Jahren zulasse. Einige Einzelfragen bezüglich der Statistik wurden durch die Debatten geklärt.

In bezug auf die Kriegsbeschädigtenfürsorge wurde über die Einsetzung eines Reichsarbeitsausschusses berichtet, der alle Angelegenheiten auf diesem Gebiete zusammenfaßt und durch Unterausschüsse die einzelnen Arbeitsgebiete regelt. Die Generalkommission hat zum Reichsarbeitsausschuß wie zu den Unterausschüssen Vertreter ernannt und wird gemäß dem Beschluß der vorhergehenden Vorstandskonferenz eine besondere Arbeitskraft für die Sammlung und Bearbeitung der auf diese Aufgabe bezüglichen Materialien einstellen. Eine geeignete Kraft konnte bisher noch nicht gewonnen werden. Indes wurde aus der Konferenz der Wunsch geäußert, den Versuch, einen geeigneten Mann für diese Aufgabe zu erhalten, doch zu erneuern, und da Vorschläge dafür gemacht wurden, so stimmte die Konferenz dieser Auffassung zu.

Weiter wurde berichtet, daß die Aenderung des Reichsvereinsgesetzes vom Reichstag beschlossen sei, aber noch der Zustimmung des Bundesrats entbehere, der während des Krieges lediglich die Gewerkschaften von den Wirkungen des Vereinsgesetzes für politische Vereine ausnehmen, alles weitere aber bis nach dem Kriege zurückstellen wolle. Eine Gesetzesnovelle hierfür sei in Vorbereitung und noch in den nächsten Monaten zu erwarten.

Der Bericht der Generalkommission wurde zur Kenntnis genommen. Sodann beantragte die Generalkommission, in Rücksicht auf die ganz außerordentliche Verteuerung aller Lebenshaltungskosten denjenigen Angestellten, die im Innen- oder Außendienst der Generalkommission beschäftigt sind und deren jetziger Gehalt 3000 Mk. nicht übersteigt, eine Aufbesserung von 10 Mk. monatlich zu gewähren. Die Konferenz schloß sich der Begründung dieses Antrages an, erhöhte indes die Gehaltszulage auf 15 Mk. pro Monat.

In ihrem weiteren Verlauf befaßte sich die Konferenz eingehend mit den gegenwärtigen Vorgängen in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und ihren Rückwirkungen für die Vertretung der Interessen

der Gewerkschaften. Allgemein wurde der Disziplinbruch der zwanzig Fraktionsmitglieder, die sich zu einer Sonderaktion im Reichstage zusammengesunden haben, aufs schärfste verurteilt. Die Aussprache endete mit der Feststellung, daß die Konferenz auch angesichts der gegenwärtigen Situation an der am 7. Juli 1915 abgegebenen Erklärung festhalten müsse: daß die Stellung der übergroßen Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses sowie des Parteivorstandes allein den Interessen der Arbeiterschaft im allgemeinen und den Gewerkschaften im besonderen diene, sowie daß die von den Sonderbündlern in der Partei vertretenen Ansichten dem Wesen und Wirken der Gewerkschaften widersprechen und ihre Durchsetzung eine Preisgabe alles dessen wäre, was die Gewerkschaften erstreben.

### Politische Nachrichten.

#### Ein trübes Zukunftsbild.

Wie hoch sich die Lasten belaufen werden, die Deutschland künftig zu tragen hat, ist heute auch nicht annähernd genau festzustellen; nur so viel weiß man: es werden alljährlich einige Milliarden mehr als seither aufgebracht werden müssen. Die „Frankfurter Nachrichten“ haben sich der Mühe unterzogen, eine Wahrscheinlichkeitsrechnung aufzustellen, und zwar unter Außerachtlassung einer etwaigen Kriegsschädigung. Die Rechnung, die dann aufgemacht wird, bietet folgendes Bild:

„Unter solcher Voraussetzung bewegt sich der wahrscheinliche Gesamtbetrag der Kriegs- und Wiederherstellungskosten zwischen 40 und 50 Milliarden, entsprechend einer jährlichen Zinslast von 2000 bis 2500 Millionen. Einschließlich der Rentensummen würden Reich, Staaten und Gemeinden eine dauernde Mehrbelastung von mindestens 3500, vielleicht 4000 Millionen zu tragen haben.“

In Friedenszeiten wäre das Reich bei schätzungsweise 2100 Millionen Reineinsparungen angelangt; davon etwa 1700 Millionen für Meer und Flotte, 200 Millionen für Schuldenzinsen. Nimmt man die früheren Aufwendungen als annähernd gleichbleibend an, so würde das Reich in Zukunft an Zinsen und Renten allein gegen 4000 Millionen aufbringen müssen; bei einem Gesamtaufwand von nicht viel weniger als 6 Milliarden.

Wie dieser Betrag aber auch beschafft werden mag: seine Höhe muß auf die innere Struktur des Reiches wirken. Bis zum Kriege waren die Gesamtausgaben der Bundesstaaten höher als die des Reiches; bei fortwährendem Frieden wären sie annähernd gleich geworden. Künftig würde, die volle Last der Kriegsausgaben vorausgesetzt, das Budget des Reiches mindestens zweieinhalbmal so hoch sein wie das der Bundesstaaten. Statt einer Summe von einzelstaatlichen Haushalten, mit einem Ueberbau gemeinsamer Ausgaben, hätten wir ein riesiges Finanzgebäude des Reiches, mit Seitenflügeln, in denen die kleineren Sonderbetriebe der Bundesstaaten sich einrichten. Dies Ergebnis hat mit der Verfassung des Reiches nichts zu tun: es folgt automatisch aus der unabwendbaren Verschärfung der Geldmacht.

Die Größe der Summe vereinfacht auch in gewissem Sinne das Problem: man wird die Milliarden hernehmen, wo sie zu haben sind. Also direkte Steuern und indirekte; Steuer auf Kriegsgewinn und Steuer auf sonstigen Vermögenszuwachs. Der Betrag nur der reinen Kriegskosten (ohne Renten) wird so groß sein, wie das Vermögen sämtlicher deutscher Millionäre zusammengekommen. Die jährliche Belastung so groß, wie das Gesamteinkommen aller Deutschen mit mehr als 20 000 Mk. Jahreseinkommen. Die Steuer allein von den Reichen zu nehmen, ist somit unmöglich. Auf das ganze Volk wird die Last sich verteilen müssen. Wie das wird zu seiner Zeit mit hinreichendem Temperament erörtert werden.“

Wir befürchten, die Rechnung des Frankfurter Blattes bleibt noch erheblich hinter der Wirklichkeit zurück, denn es steht bereits jetzt fest, daß der Aufwand für Renten ganz wesentlich höher sein wird, als diese Rechnung voraussetzt.

### Aus der Textilindustrie.

#### C. T. I. Die Geschäftslage der deutschen Flachspinnereien.

Sie ist, wie der Berichterstatter über diesen Zweig, Direktor Eugen Koch-Dülken, in der Hauptversammlung des Verbandes deutscher Leinenindustrieller in Berlin feststellte, in dem Kriegsjahr besser als erwartet gewesen, und zwar hauptsächlich deshalb, weil es der Flachspinnerei vor Ausbruch des Krieges möglich war, sich mit vorteilhaftem Rohstoff zu versorgen. Nicht minder sind die in Belgien und Nordfrankreich beschlagnahmten Rohstoffmengen der deutschen Flachspinnerei von großem Nutzen gewesen. Man habe soviel an Rohmaterial zusammenbekommen, daß der Ausfall der Flachsernte von 1914 ausgeglichen und die Betriebe aufrechterhalten bleiben konnten. Auch die von den Behörden festgesetzten Höchstpreise haben den Flachspinnereien einen angemessenen Nutzen gelassen, wenn es auch nicht zu leugnen sei, daß diese Höchstpreise weit unter den Forderungen, die in Oesterreich und sonst im Auslande für die gleichen Gespinste gefordert werden, seien. Aus allen diesen Gründen waren die verhältnismäßig günstigen Jahresabchlüsse in diesem Teile des deutschen Webstoffgewerbes zu erklären.

#### C. T. I. Die Lage des russischen Webstoffgewerbes.

Sie hat sich in der letzten Zeit in einzelnen seiner Teile gebessert, nachdem der Wettbewerb der polnischen Webstoffhersteller, der sich früher besonders in billigeren Beschaffenheiten auf dem Petersburger und Moskauer Markt sehr fühlbar machte, ausgeglichen ist. Die Hersteller von feineren Baumwollwaren, wie Bündel und Morossof in Moskau und Pahl in Petersburg, sind infolgedessen dazu übergegangen, gröbere Waren nach Art der in Lodz hergestellten zu arbeiten und machen ein gutes Geschäft dabei, obwohl die Warenpreise in den letzten Monaten sehr gestiegen sind. Die Lebensmittelnot in den großen Städten und die allgemeine Teuerung hat den Bedarf in feineren Baumwollwaren sehr eingeschränkt. Moskau arbeitet in Seidenwaren auch in der Hauptsache billigere Beschaffenheiten, die teuer genug sind. Sehr gut ist der Geschäftsgang bei den großen Tuchfabriken auf dem Lande, die auf Monate hinaus Aufträge der Seeresverwaltung besitzen, dagegen bleiben die Wollewebereien in Moskau und Petersburg gezwungen, in beschränkter Weise

zu arbeiten, weil es an nötigen Kammgarnen, die aus Polen oder vom Auslande kamen, mangelt.

C. T. I. Aus der internationalen Textilindustrie.

Die weitere Steigerung der Wollpreise deutet bei den Wollwarenfabrikanten Italiens, die im übrigen stark beschäftigt sind, Schwierigkeiten zu denen sich noch erhöhte Lohnforderungen der Arbeiterschaft gesellen.

Zur Rohstoffversorgung in der Textilindustrie.

C. T. I. Die Lage der deutschen Hanfindustrie im Kriege.

Sie wurde auf der in Berlin abgehaltenen Versammlung des „Verbandes Deutscher Leinenindustrieller“ in eingehender Weise besprochen. Der Direktor der Felten u. Guilleaume-Werke, F. Seymann in Köln, teilte bezüglich der Lanwerfabriken mit, daß die Lage derselben im letzten Jahre keine einbüßliche gewesen sei.

C. T. I. Deutschlands Grobanbau von Textilpflanzen für das Kriegswirtschaftsjahr 1916.

Wir wir hören, sind die Bemühungen für den Flachsanbau in Deutschland einen guten Erfolg versprechend. Eine Vorbesprechung von Landwirten mit den Vertretern der verarbeitenden Industrie, der weitere Verhandlungen in kürzerer Zeit folgen werden, hat eine erfreuliche Übereinstimmung der Beteiligten in dieser wichtigen Frage ergeben.

Aus Handel und Industrie.

C. T. I. Der internationale Wollhandel im Jahre 1915.

Die Umsätze in Wollen auf dem Londoner Markt im Jahre 1915 betragen 2 686 000 Ballen gegen 2 826 000 Ballen im Jahre 1914. Von diesen 2 686 000 Ballen entnahm das Festland 212 000 Ballen, die Vereinigten Staaten von Nordamerika 551 000 Ballen und England selbst 1 923 000 Ballen.

C. T. I. Metrische Garnnummerierung.

Unter diesem Titel veröffentlicht der Verein Süd-Deutscher Baumwoll-Industrieller in Augsburg in einer Druckschrift zwei Vorträge über die Frage der Einführung der metrischen Garnnummerierung anstelle des bisher üblichen englischen Systems in Deutschland.

zeitig in glücklicher Weise. Während Herr Geheimrat Semlinger mehr die allgemeinen national-wirtschaftlichen Gesichtspunkte erörtert, enthält der Vortrag des Herrn Kuhn insbesondere eine eingehende Behandlung der sachtechnischen Einzelheiten.

Aus Unternehmerkreisen.

Syndizierung in der Textilindustrie.

Fortschritte hat in jüngster Zeit auch die Syndizierung auf den verschiedensten Gebieten der Textilindustrie gemacht. Die Herstellung von Bekleidungsartikeln des Barmen-Elberfelder Produktionsgebietes, insbesondere von Bändern, Korsetts und Ligen, die im Bergischen Fabrikantenverband vereinigt sind, haben sich zu einem festen Syndikat mit Preisverabredungen zusammengeschlossen.

Aus der Volkswirtschaft.

Ursachen der Ledersteigerung.

Neben dem Lebensmittelwucher ist es besonders die Wucherei mit dem Leder, die, weil für die ärmere Bevölkerung ganz besonders empfindlich, großen Unwillen ausgelöst hat. Die Lederfabriken haben unerhörte Gewinne eingesackt. Der Jahresabschluß der Lederfabrik Adler u. Oppenheimer in Straßburg zeigt ganz ungewöhnliche Gewinnsteigerungen.

Table with 4 columns: Item, 1914/15, 1913/14, 1912/13. Rows include Reingewinn einschließlich Vortrag, Dividende, Abgaben, etc.

Diese Gegenüberstellung rückt das Ungewöhnliche des Abschlusses für das erste Kriegsjahr ins rechte Licht. Die Gesellschaft hat die durch den Krieg entstandene stark erhöhte Nachfrage nach ihren Erzeugnissen geschickt ausgenutzt.

Die Lage der Viehwirtschaft in Frankreich.

Der „Figaro“ vom 6. Januar bespricht die Zukunft der französischen Viehzucht im Anschluß an den Bericht Mousfius in der Landwirtschaftsakademie. Ende 1913 habe sich der französische Rindviehbestand — Ochsen, Kühe, Jungvieh — auf 14,8 Millionen Köpfe belaufen.

Aber der Berichterstatter müßte nicht Franzose sein, wenn er nicht gleich wieder die Dinge im roten-roten Lichte schaute. Die jüngsten Schlachtwerte des Landwirtschaftsministers begrüßt er als eine, wenn schon verspätete, dann jedenfalls segensreiche Einrichtung.

Vor allem müßte man beachten, daß nach dem Kriege ein gewaltiger Bedarf an Fleisch für Schlacht- und Zuchtzwecke sich in Europa bemerkbar machen werde, insbesondere in Mitteleuropa, und da könne, wenn man jetzt den französischen Viehbestand hochhalte, unter günstigen Bedingungen rege Ausfuhr stattfinden.

Zur Lebensmittelversorgung.

Zur Streckung unierer Kartoffelvorräte.

Eine beachtenswerte Verfügung hat kürzlich der Landrat des Kreises Teltow erlassen. Danach sollen zur Streckung unserer Kartoffelvorräte und um den nicht zu vermeidenden und mit der Länge der Lagerung ständig zunehmenden Abgang durch Atmungs- und Fäulnisvorgänge auf das mindeste zu beschränken, die Kartoffeln jetzt in möglichst großem Umfange überall dort als Frieskartoffeln verwendet werden.

Ein Hauptgrund für die Verfügung ist wohl darin zu sehen, daß die Haltbarkeit der Kartoffeln aus der letzten Ernte geringer ist als die der vorjährigen. Es wird deshalb um so notwendiger sein, daß die Kartoffelrodungs- und Kartoffelmehlfabriken möglichst viel Dauerware herstellen.

Daß auf diesem Wege eine Streckung unserer Kartoffelvorräte erreicht wird, braucht nicht näher erörtert zu werden. Traglich könnte nur erscheinen, ob das mit Frieskartoffeln hergestellte Brot von derselben Güte und Weichaffenheit sein wird wie das aus Kartoffelfabrikaten hergestellte.

Zur Erwerbslosenfürsorge.

Neue Vorschläge für die Niederlausitz.

Bekanntlich ließ die Regelung der Erwerbslosenfürsorge für die Textilarbeiter in den Tuchindustrieorten der Niederlausitz sehr viel, ja mancherorts alles zu wünschen übrig. Wir haben in unserem Fachblatt mehrmals darauf hingewiesen und gesagt, daß diese mangelhafte Fürsorge letzten Endes zu einer schweren Schädigung der Niederlausitzer Textilindustrie führen werde.

Nun wird gemeldet, daß in Pottbus Verhandlungen zwischen Vertretern der Städte Pottbus, Forst, Sorau, Spremberg, Sommerfeld, Guben, Luckenwalde und Finsterwalde stattgefunden haben. Anwesend waren auch die Landräte der Kreise Sorau und Pottbus. Mit dem Arbeitgeberverband der Niederlausitz war Fühlung genommen worden.

Es wurde ferner beschlossen, daß private Zuwendungen, z. B. aus Fabrikstiftungen, bei der Berechnung des Unterstützungsfalles nicht in Ansatz kommen...

Table with 3 columns: für Arbeiter im Alter, männlich, weiblich. Rows: von 14 bis 16 Jahren, von 16 bis 21 Jahren, über 21 Jahre, ledig, verheiratet bzw. verheiratet gewesen.

Erhalten Mann und Frau einer Familie Unterstützung, so soll der Satz für die verheiratete Arbeiterin über 21 Jahre auf 12 Pf. für die Stunde festgesetzt werden...

Die oben genannten Unterstützungssätze sind bisher nur für die Stadt Finsterwalde festgesetzt worden. Es darf angenommen werden, daß auch die anderen Städte der Niederlausitz bald mit der Regelung der Frage vorgehen werden.

Neue Regelung im Kreise Reichenbach i. Schl.

Am 10. Januar d. J. tagte in Reichenbach im Kaufmännischen Vereinshaus eine Vertreterkonferenz der Gemeindevorstände des Kreises, die sich mit der Erwerbslosenfürsorge beschäftigte.

1. Grundsatz: Das tatsächliche Einkommen (2) des Arbeiters wird durch Unterstützung der Gemeinde monatlich derart ergänzt, daß

Table with 2 columns: erwachsene Arbeiter, erwachsene Arbeiterinnen, Jugendliche unter 16 Jahren. Row: wöchentlich 12,- M.

zugänglich je 1 M. für jedes eheliche oder uneheliche Kind (3) unter 14 Jahren erhalten, jedoch höchstens neun Zehntel des früheren Durchschnittsverdienstes (4), zugänglich des Kinderzuschusses.

2. Tatsächliches Einkommen. Als tatsächliches Einkommen gilt:

- a) der Arbeitsverdienst des Arbeiters, auch der durch Ausbittelsarbeit (5) oder durch Heimarbeit erzielte Verdienst, abzüglich der Beiträge für Invalidentversicherung und Krankenkasse; die vom Arbeitgeber etwa gezahlte monatliche Teuerungszulage gilt nicht als Arbeitsverdienst.

3. Kinderzuschuß. Der Kinderzuschuß darf für beide Elternteile nur einmal in Ansatz gebracht werden. Er ist grundsätzlich der Mutter anzurechnen; dem Vater nur, wenn er nachweist, daß er bei der Mutter nicht angerechnet wird.

4. Durchschnittsverdienst. Als Durchschnittsverdienst gilt der in den 13 Wochen vom 17. Mai bis 14. August 1915 durchschnittlich erzielte Arbeitsverdienst zugänglich der dem Arbeiter abgezogenen Beiträge für Invalidentversicherung und Krankenkasse, abzüglich der monatlichen Teuerungszulage. Tage, an denen die einzelne Fabrik während der Durchschnittszeit etwa wegen kirchlicher Feiern oder Arbeitsmangel stillgestanden hat, ferner Krankheitstage, Urlaubstage und dergleichen werden aus der Durchschnittszeit ausgeschlossen, der Durchschnittsverdienst wird von der verbleibenden Anzahl Tage berechnet.

5. Ausbittelsarbeit. Arbeiter, die sich weigern, geeignete Ausbittelsarbeit, auch bei anderen Arbeitgebern, zu übernehmen, erhalten keine Unterstützung in der Woche.

6. Anzahlung. Die Fürsorgebeiträge werden von dem Arbeitgeber ausgezahlt und ihm von der Wohnungsgemeinde des einzelnen Arbeiters erstattet. Für die Zeit bis Ende Februar 1916 haben die Arbeitgeber 20 Proz. der Beiträge für eigene Rechnung übernommen.

7. Inkrafttreten. Diese Erwerbslosenfürsorge tritt mit der am 2. Januar 1916 beginnenden Lohnwoche in Kraft.

8. Beschwerden. Ueber Beschwerden entscheidet der Unterstützungsausschuß der Betriebsgemeinde.

Auf Anfrage Feldmanns wurde zugestanden, daß die nicht am Arbeitsort wohnenden Arbeiter ihren Lohn am letzten Arbeitstage bekommen sollen. Für außerhalb des Kreises wohnende Arbeiter wird die Unterstützung in derselben Weise wie hier geregelt. Und für die Hausweber wird demnächst eine besondere Regelung erfolgen.

Wir haben bereits in voriger Nummer unseres Blattes darauf hingewiesen, daß es ein bitteres Unrecht ist, den Kriegerfrauen die Hälfte der Familienunterstützung anzurechnen, wenn sie infolge der Kriegsmassnahmen zur Erwerbslosigkeit gezwungen werden.

Unterstützung für die Familie und jenen Kriegerfrauen, die am Erwerb gehindert sind und mit der Erwerbslosenunterstützung nur auf neun Zehntel ihres Lohnes kommen, in keinem Falle mehr als 9 Mf. erhalten, zieht man die Hälfte der Familienunterstützung ab.

Wir sind weiter der Ansicht, daß zu dieser Unterstützung noch ein Mietzuschuß gegeben werden müßte, da es sonst nicht möglich ist auszukommen.

Für unsere Frauen.

Eine wichtige Entscheidung für Wöchnerinnen.

Nach § 195 der Reichsversicherungsordnung ist das Wochenlohn für acht Wochen zu zahlen, von denen mindestens sechs Wochen in die Zeit nach der Niederkunft fallen müssen. Das Reichsversicherungsamt hat nun in einer Entscheidung den Grundsatz aufgestellt, daß Wochenlohn für zwei Wochen vor der Niederkunft auch ohne ausdrückliche Satzungsbestimmung gezahlt werden darf.

Gleichzeitig stand noch folgende Frage zur Entscheidung: Eine Frau war seit dem 7. April arbeitsunfähig krank und bezog von diesem Tage an Krankengeld. Am 10. Mai wurde sie entbunden. Von diesem Tage an wurde ihr von der Krankenkasse Wochenlohn gewährt. Nach sechs Wochen wurde jedoch schon der Bezug des Wochenlohnes mit der Begründung eingestellt, daß zwei Wochen auf das vor der Entbindung gewährte Krankengeld angerechnet würden.

Es fragt sich, ob eine Anrechnung von Wochenlohn auf die Zeit vor der Niederkunft auch dann zulässig ist, wenn die Wöchnerin zu dieser Zeit an einer mit Arbeitsunfähigkeit verbundenen Krankheit litt und aus diesem Grunde bereits die Kasse in Anspruch genommen und Krankengeld erhalten hatte. Diese Frage war zu verneinen. Aus der Vorchrift des Gesetzes, daß von dem Wochenlohn für acht Wochen mindestens sechs in die Zeit nach der Niederkunft fallen müssen, ist zu folgern, daß die Kasse auch bereits für einen vor der Niederkunft liegenden Zeitraum von zwei Wochen Wochenlohn gewähren darf.

Eine weitere wichtige Entscheidung für Wöchnerinnen.

Der Ehegatte der Frau D. war im Oktober 1912 zum Militär einberufen worden, nachdem er vorher über ein Jahr lang Mitglied einer Betriebskrankenkasse gewesen war. Als Frau D. am 6. März 1915 Mutter eines Kindes wurde, forderte sie von der betreffenden Betriebskrankenkasse Wochenhilfe und stützte ihren Anspruch auf § 1 der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 3. Dezember 1914, indem sie darauf hinwies, daß ihr Gatte seit Kriegsausbruch im Felde stehe.

Berichte aus Fachkreisen.

Nachen. Die Erwerbslosenunterstützung der Textilarbeiter Nachen durch die Stadt Nachen ist beschlossen. An dem Zustande kommen derselben hat unser Verband mitgewirkt. In der beschließenden und ausführenden Kommission ist unser Verband durch den Geschäftsführer vertreten.

Burgstädt. Wie das vergangene Jahr 1914, so bleibt auch das Jahr 1915 für unsere Filiale besonders denkwürdig. In unserem Industriebezirk ist neben der Strick- und Strumpfabrik in der Hauptsache die Handschuhbranche in Fabrik- und Heimindustrie vertreten.

möglichkeit, während die Handschuhbranche unter den allermisslichsten Verhältnissen zu leiden hatte. Sofort zu Kriegsbeginn setzte die Arbeitslosigkeit in außerordentlich hohem Maße ein. Im Winter 1914/15, vornehmlich im Dezember und Januar, ermöglichten umfangreiche Heeresaufträge in Militärhandschuhen und Kopfschühern, daß die Betriebe wieder einige Monate beinahe normal arbeiten ließen, ja, in einer Anzahl Betriebe wurde sogar mit Ueberstunden gearbeitet.

Table with 5 columns: Die Zahl der Mitglieder, betrug, zum Geere, eingezogenen, vertheilt, zusammen. Rows: 30. Juni 1914, 30. Sept. 1914, 31. März 1915, 30. Juni 1915, 30. Sept. 1915, 31. Dez. 1915.

Die Zahl der zum Geere eingezogenen Kollegen erhöht sich noch um 23, welche bis zum Jahresabschluss als gefallene gemeldet wurden. Auch an dieser Stelle sei dieser in der Blüte ihrer Jahre dahingerafften Kollegen besonders ehrend gedacht.

Verbandsanzeigen.

Bekanntmachungen.

Vorstand. Sonntag, den 30. Januar, ist der 4./5. Wochenbeitrag fällig.

Monatliche Arbeitslosenzählung. Für die Januarzahlung ist Sonntag, den 29. Januar, Stichtag. Zur Einfindung gelangt die graue Karte. Die Ortsverwaltungen wollen für pünktliche Berichterstattung Sorge nehmen. Der Vorstand.

Adressenänderungen.

Gau 2. Alles für Salza Bestimmte nach Nordhausen an Wilhelm Landeck, Frauenberg 34, senden. Gau 6. Ebingen. Der Vorsitzende und Kassierer sind eingezogen. Alles an: Frau Theresia Fäß, Wilhelmstr. 14. Gau 8. Ronneburg. V: Arno Neunübel, Neugasse 3 II. K: Karl Schmidt, Berggasse 1. Alle Zuschriften an den Kassierer. Gau 10. Penig. Stellvertretender Vorsitzender: Ernst Bölsch, Neufere Chemnitzer Straße 78. K: Richard Höfler, Obergasse 23.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder. Grünberg. Fritz Ueberstär, Ruzer, 57 J., Lungentuberkulose. Hamburg (Bez. Schiffbeck).

Marie Forke, Arbeiterin, 57 J., Blasenkrebs. Krefeld. Anton Horst, Färber, 46 J., Lungentuberkulose. Lugau. Frida Martha Wolf, Gersdorf, Näherin, 20 J., Herzschlag. Böhmed. Anna Pech, Karbonisiererin, 45 J., Schlaganfall. Schlotheim. Georg Gebauer, Seiler, 64 J., Blutgeschwür. Werdau. Paul Schenk, Fabrikarbeiter, 49 J., Blasenleiden. Im Felde gefallene oder infolge des Krieges gestorbene Mitglieder. Bramsche. Albert Knöcker, 33 J., Gustav Mettemeyer, 30 J. Delmenhorst. Heinrich Niehaus, 27 J., Hermann Behrens, 24 J., Desiderius Kofel, 41 J. Hof. Johann Kropf, Spinnereiarbeiter, 21 J. Kirchberg. Emil Mörkel, 42 J. Lugau. Bruno Schindler, Erbsch, Wirt, 24 J. Plauen i. B. Max Schumann, 28 J. Reichenbach i. B. Otto Engelhardt, 29 J. Schlotheim. Hugo Waf, Weber, 27 J., Fritz Demma, Seiler, 24 J., Thilo Schellmecht, Weber, 23 J.

Ehre ihrem Andenken!

Zusammenkünfte.

Mitglieder-Verammlungen. Wittstock a. D. Sonnabend, 5. Februar, abends 8 Uhr, bei Löbermann, Prißwaller Vorstadt.

Redaktionschluß für die nächste Nummer Sonnabend, den 29. Januar

Verlag: Karl Hübsch. - Verantwortlich für die mit dem vertriebenen Artikel Hermann Krätzig, für alles andere Paul Wagener. - Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. - Esmilich in Berlin.